Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden, ... & Comp., Nr. 1268. — Druckerei: Gebr. Reinhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 201. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die zweigespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verbindlichkeit zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. ...

Nr. 31 | Dresden, Montag den 7. Februar 1921 | 32. Jahrg.

Die sozialdemokratische Kundgebung

Dem gemeinsamen Aufruf der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells Groß-Dresden zu einmütigem Protest gegen die Pariser Forderungen der Siegerstaaten, versammelte sich gestern vormittag die Arbeiterschaft von Groß-Dresden zu einmütigem Protest gegen die Pariser Forderungen der Siegerstaaten. In acht großen Massenversammlungen sprachen sozialdemokratische und unabhängige Parlamentarier zum Thema. Im Kristallpalast referierte Genosse Fräßdorf, im Drei-Kaiser-Hof in Löbtau der Unabhängige Wenke, in Donaths Neuer Welt im Tolkewitz Genosse Grötzsch, in der Reichskrone der Unabhängige Edel, in Stadt Leipzig in Pieschen Genosse Engert, im Weißen Adler in Loschwitz Genosse Heldt, in der Roten Schänke in Döhlen der Unabhängige Ellerodt und in der Weintraube in Niedersedlitz Genosse Wirth. Sämtliche Redner schilderten nach und ausführlich die Bedingungen, die uns die Sieger des Krieges mit immer drückenderer Härte in den Waffenstillstandsverhandlungen, im Friedensvertrag von Versailles, im Abkommen von Spa und nun erneut und verschärft in den Forderungen der Pariser Konferenz aufgezwungen haben. Sie gingen auf die Wirkungen dieser Forderungen für das gesamte deutsche Volk ein und kennzeichneten diese als eine vollständige Fesselung des deutschen Wirtschaftslebens mit der Folge, die deutsche, darunter mit in erster Linie die sächsische Industrie lahmzulegen und das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterschaft zu einem Volk von Lohnsklaven im Dienste der übermütigen Sieger herabzuwürdigen. Sie schilderten, wie gleich verhängnisvoll diese Forderungen werden müssen für Reich, Staat und Gemeinden, für jeden einzelnen Deutschen und nicht zuletzt für alle, die der öffentlichen Unterstützung bedürfen, für die Kriegsbeschädigten, die Kriegerwitwen, die Kriegswaisen, die Arbeitsinvaliden, die Erwerbslosen. Alle Redner und mit ihnen die Versammelten wiesen einmütig diese Forderungen als undurchführbar zurück, betonten aber, daß es sich für die sozialistischen Parteien nicht darum handeln könne und dürfe, das deutsche Volk in einen chauvinistischen Revanchekriegstaumel hineinzuhetzen, sondern daß es darauf ankomme, immer von neuem die internationale Arbeiterschaft und vor allem das sozialistische Proletariat der Siegerstaaten aufzurufen und eine einheitliche proletarische, sozialistische Front im eigenen Lande und schließlich der ganzen Welt herzustellen, an der der maßlose Raubzug der kapitalistischen Sieger scheitern müsse, ohne daß die Menschheit von neuem durch das Blutmeer eines Krieges waten müsse.

Mit zwei Ausnahmen — im Weißen Adler und in der ... stimmte je ein Besucher dagegen — wurde in den Versammlungen die nachstehende Entschließung ohne Debatte und einstimmig angenommen:

Schon bei der Bekanntgabe des Friedens von Versailles hat die organisierte Dresdner Arbeiterschaft in Gemeinschaft mit ihren parlamentarischen Vertretungen im Reiche und in den Ländern die Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Vertrages erklärt. Trotzdem ist das republikanische Deutschland unter Aufbietung der schwersten Opfer bemüht gewesen, seinen Verpflichtungen soweit als nur irgend möglich nachzukommen.

Durch die Verhandlungen zwischen den Ententestaaten in Paris sollen dem deutschen Volke jedoch Lasten auferlegt werden, die nicht nur mit dem Friedensvertrag in schreiendem Widerspruch stehen, sondern durch deren Auferlegung Deutschland auch auf zwei Menschenalter in die sklavische Abhängigkeit der kapitalistisch imperialistischen Entente geraten soll.

Die geforderte Entschädigung von 226 Milliarden Goldmark, die innerhalb 42 Jahren zu zahlen sind, die Ausfuhrabgabe auf den deutschen Export in Höhe von 12½ vom Hundert sowie die weiteren Verlangen der Entente bedeuten eine Herabdrückung der Lebenshaltung, insbesondere der deutschen Arbeiterklasse, bis zu ihrer völligen Verelendung. Die Bestimmungen von Paris bringen ferner die Verewigung des nationalen Hasses und damit die dauernde Aufrechterhaltung des Militarismus sowie die Verhinderung jedes wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller Völker Europas.

Die Dresdner Arbeiter richten deshalb in Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Fraktionen des deutschen Reichstags und des sächsischen Landtags sowie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für alle Welt heilsamen Lösung entgegenführen.

Der Protest der bürgerlichen Parteien

Beschämend schwach war der Besuch der von sämtlichen bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zur äußersten Rechten, gemeinsam nach dem Vereinshaus einberufenen Abwehrversammlung gegen die Forderungen der Entente. Als die Mittelständler kleinlicher Erwerbs- und Klasseninteressen wegen kürzlich eine Versammlung ins Vereinshaus einberiefen, füllten 2000 Menschen eine Stunde vor Beginn den Saal und ebenso viele blieben auf der Straße — gestern vormittag hatten sich drei Viertelstunden nach der angesetzten Zeit im gleichen Lokale ganze 700 Bürgerliche eingefunden. Es referierte Oberregierungsrat Böhm von der Deutschen Volkspartei über die das ganze Volk treffenden und erregenden feindlichen Forderungen. Seine Ausführungen waren im allgemeinen sachlich. Am Schluß der Rede, die das deutsche Volk als das ärmste, aber beste feierte, brach freilich der alte chauvinistische Adam wieder durch. Wenn Redner zum Schluß verlangte, daß das deutsche Volk in Freiheit und Recht leben müsse, so wollen wir hoffen, daß er diese nicht so auffaßt, wie sie die Liberalen ihr Lebtag aufgefaßt haben: als Deckmantel für Eigentumsinteressen.

Die Demokraten hatten das Präsidium der Versammlung, die Deutschnationalen nahmen nicht das Wort. Am Schluß verlas Herr Heßlein vom Zentrum eine Resolution, nach deren Annahme die Versammlung stumm auseinanderging.

Scheidemann über die Pariser Beschlüsse

Eigene Drahtmeldung

Kassel, 7. Februar. Philipp Scheidemann gewährte einem Schweizer Journalisten eine Unterredung über die Frage des Standpunktes der Sozialdemokratischen Partei zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz. Er betonte, daß die Partei ihre Grundsätze in dieser Angelegenheit in der von Hermann Müller im Reichstag abgegebenen Erklärung festgelegt habe und fügte hinzu: Er für seine Person sei durch die Entwicklung der Dinge nicht überrascht worden. Er sei schon gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrags gewesen, weil es unbillig sei, etwas zu unterschreiben, was man nicht halten könne. Die Deutsche Arbeiterschaft hat sich während der 2½ Jahre daran gewöhnt, nur mit sich selbst zu rechnen.

Von den französischen Sozialisten, die in zwei Lager gespalten seien, sei nicht viel zu hoffen, dagegen baue er auf die Unterstützung der englischen Sozialisten. In dieser für die Zukunft so entscheidenden Frage wird die deutsche Sozialdemokratie unbeschadet ihrer sonstigen Stellung zur gegenwärtigen Reichsregierung diese unterstützen, sofern sie im Rahmen der von Hermann Müller abgegebenen Erklärung handelt. Auch die Sozialdemokraten wünschen die Auflösung der Orgesch. Wenn aber Frankreich, das bis an die Zähne bewaffnet ist, in diesen kleinen unbedeutenden militärischen Organisationen eine Kriegsgefahr wittert, so ist das ein Irrtum, wie die übrigen Beschlüsse der Pariser Konferenz.

Hardings Absichten

Eigene Drahtmeldung

Paris, 7. Februar. Das Echo de Paris enthält folgende amerikanische Informationen: Die Vereinigten Staaten scheinen **nicht geneigt zu sein, die Taxe von 12½ Prozent auf die deutsche Ausfuhr genehmigen zu wollen.** Wir haben allen Grund zu glauben, daß die erste Sorge des Präsidenten Harding nach Antritt der Regierung sein wird, Verhandlungen mit Berlin einzuleiten, um den Friedenszustand wieder herzustellen.

Es sind schon verschiedene Projekte in Erscheinung getreten und die Zeitungen legen vielfach dieselben auseinander, darunter auch das des Senators Frank Brandegee. Dieses besteht darin, daß Kapital, das Deutschland an Amerika zahlen soll, auf 15 Milliarden Mark herabzusetzen und den Vereinigten Staaten **Kolonien und das von den Alliierten beschlagnahmte Kabel zu vermieten, als Gegenwert der Annullierung der Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten.**

Die ersten amerikanischen Kühe

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 7. Februar. Der Dampfer Westarrow mit den ersten amerikanischen Milchkühen an Bord ist gestern abend im Bremer Hafen eingetroffen. Es handelt sich um rund 740 Milchkühe.

Der irische Präsident in London

London, 7. Februar. **Delawera ist in London gelandet. — Bei zwei Ueberfällen, die gestern abend in Dublin stattfanden, wurden ein Offizier und mehrere Zivilisten verwundet und eine Person getötet.**

Kein Friedensangebot an Amerika

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 7. Februar. Chicago Tribune und New York Herald lassen sich melden, daß die deutsche Regierung durch den amerikanischen Geschäftsträger in Berlin der amerikanischen Regierung das Angebot eines Sonderfriedens gemacht habe. Diese Meldung ist, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, frei erfunden. Es ist ohne weiteres klar, daß die deutsche Regierung ein solches Angebot nicht machen konnte, weil die Wilsonsche Präsidentschaft ja schon am 4. März zu Ende geht und gar nicht in der Lage wäre, einem etwaigen Angebot näherzutreten, ganz abgesehen davon, daß Wilson persönlich für den Versailler Vertrag eintritt, an dem er mitgewirkt hat.

Höhere Beamte und Demokratisierung

Die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamten bittet uns um den Abdruck folgender Zeilen:

Die kürzlich veröffentlichte Erklärung der Vereinigung ist vielfach nicht richtig verstanden worden. Ein Beispiel mag erklären, worum es sich für die Vereinigung handelt. Angenommen, es soll die Stelle eines Faktors oder leitenden Direktors in einer Druckerei neu besetzt werden und der Geschäftsinhaber oder Aufsichtsrat der Druckerei beruft nun einen Tischler in diese Stellung, weil er in ihm einen zuverlässigen Gesinnungsgenossen sieht, der an dieser Stelle für ... [illegible] ... sich die Setzer der Druckerei gegen dies Verfahren wenden, selbst wenn der Tischler einige Zeitungsartikel verfaßt und in einer Pressekommission tätig gewesen sein sollte, also vielleicht eine Art Fachkenntnis erworben haben könnte. Und wohl könnte die Druckerei eine Zeitlang wohl auch mit dem Tischler weiter arbeiten, wenn die Setzer ... [illegible] ... Und mit gutem Recht würde sich jede Arbeiterschaft gegen ein solches Verfahren zur Wehr setzen.

Die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamten wendet sich nun dagegen, daß das Verfahren einer bei der Besetzung leitender Beamtenstellen zur Anwendung gelange, wie dies in einer Reihe von Presseartikeln gefordert worden ist.

Die Frage lautet also: Sollen Beamtenstellungen besetzt werden mit Fachleuten oder mit Dilettanten, ... [illegible] ... als besonders geeignete Fachleute anerkannt werden müssen. Ebenso glaubt die Vereinigung mehrfach deutlich ausgesprochen zu haben, daß sie sich selbstverständlich auch nicht dagegen wendet, daß tüchtige und vollwertige Beamte, die sich zu einer der gegenwärtig regierenden Parteien zählen, in leitende Stellungen berufen werden.

Soweit die Zuschrift der höheren Staatsbeamten. Uns interessiert daran vor allem der eingangs angeführte Vergleich aus dem Handwerk. Er hinkt. Man würde solche Argumente nur dann anbringen können, wenn bei der Demokratisierung der Staatsverwaltung die Absicht dahin ginge, Fachleute ... durch Nichtfachleute oder ... zu ersetzen. Niemand hat aber auch nur im entferntesten daran gedacht, etwa die Stelle eines Direktors in der staatlichen Elektrizitätsversorgung mit einem Dilettanten oder die Stelle eines Schulinspektors mit einem Laien zu besetzen. Kürzlich ist zwar einmal die Meldung aufgetaucht, es bestehe die Absicht, einen Schuhwarenhändler zum Ministerialdirektor im Kultusministerium zu machen. Die Meldung hat sich aber bekanntlich als eine Ente entpuppt, die dieser Schuhwarenhändler selbst ... hatte. Wir geben aber ohne weiteres zu, daß solche Absichten, wenn sie irgendwie bestehen sollten — was aber keineswegs der Fall ist — geeignet sein würden, die Demokratisierung der Verwaltung in bedenklichster Weise in Mißkredit zu bringen, ganz gleich, ob der Laie ein Schuhwarenhändler oder ein Mann von einem andern nicht einschlägigen Fach wäre.

Um solche Absichten hat es sich aber niemals gehandelt, darum ist auch der angeführte Vergleich deplaciert. Aber es gibt wohl Aemter in der Verwaltung, die im Interesse des Staatsganzen eines Mannes bedürfen, der das besondere Vertrauen des sozialistischen Ministers haben muß. Findet man unter dem alten Beamtenstab einen solchen, wäre es natürlich aus verschiedenen Gründen das Beste. Ist das aber nicht der Fall, dann wird man sich über vermeintliche Anwärterrechte oder Dienstaltersgründe hinwegsetzen und eventuell auch einen Außenseiter an die Stelle berufen müssen, auch wenn er nicht die übliche Beamtenschule durchlaufen ist.

Die höheren Staatsbeamten werden bei objektiver Betrachtung selbst zugeben müssen, daß eine sozialistische Regierung in kritischen Lagen verloren sein müßte, wenn sie nur von reaktionär gesinnten Amtshauptleuten umgeben wäre. Sie würden die Anordnungen der Regierung nur ausführen, soweit sie ihren Absichten entsprachen. Das aber könnte eine Regierung unmöglich machen und große Verwirrung, wenn nicht Schlimmeres hervorrufen. Gewisse leitende Amtsstellen, worunter auch die Amtshauptmannschaften zu rechnen wären, könnten aber, wenn sich herkömmlich vorgebildete Beamte als Vertrauensmänner einer sozialistischen Regierung nicht eignen, wohl mit Männern besetzt werden, die für ihre Aufgabe eine gründliche politische Erfahrung und Kenntnis der Landesverhältnisse mitbringen, über die Kunst verfügen, mit Menschen umzugehen und dabei zur Beurteilung juristischer Fragen einen gewissen natürlichen Scharfblick und Routine besitzen. Gewiß muß die Auswahl mit größter Vorsicht vollzogen werden. Geschieht das aber, dann können und würden sich auch in Sachsen durch die wirtschaftliche und politische Praxis geschulte besonders intelligente Männer an hervorragenden Vertrauensstellen ebenso bewähren, wie sich das, wenn auch unter etwas andern Verhältnissen, in Preußen vielfach gezeigt hat. Denn für die Entscheidungen, die an solchen Stellen zu fällen sind, kommt es doch weniger auf verwaltungstechnische Erfahrung als auf scharfen Blick für die Bedürfnisse des Augenblicks und die Anforderungen der Zeit an; diese Voraussetzungen werden aber bei einem fundierten, ... Politiker besser vorhanden sein, wie bei einem jungen Regierungsassessor der alten Schule, der sich in den neuen Verhältnissen kaum auskennt und sie ... mit der Unbefangenheit betrachten kann, die ... gefordert werden muß. Freilich wäre es besser, wenn die verwaltungstechnische Routine mit der politischen Schule und praktischen Lebenserfahrung in einem solchen Manne vereinigt ...

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210207/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG